
Klaus Zwickel

Zukunftsperspektiven der IG Metall



Klaus Zwickel, geboren 1939 in Heilbronn, Ausbildung als Werkzeugmacher, ist seit 1986 Mitglied des geschäftsführenden Vorstandes der IG Metall. 1989 wurde er zum Zweiten Vorsitzenden der IG Metall gewählt. Seit Juni 1993 ist er Präsident des Internationalen Metallgewerkschaftsbundes (IMB). Die IG Metall, mitgliederstärkste DGB-Gewerkschaft und größte Einzelgewerkschaft der Welt, führt er als Erster Vorsitzender seit Oktober 1993.

Im Übergang zu einem neuen Jahrhundert steht die IG Metall vor einer Reihe neuer und zusätzlicher Herausforderungen. Technischer Wandel, gesellschaftliche Entwicklungen und wirtschaftliche Veränderungen haben umgreifender, schneller und intensiver gewirkt, als dies etwa noch vor einem Jahrzehnt abzusehen gewesen wäre. Mit den Schlüsselbegriffen „Individualisierung“ und „Globalisierung“ lassen sich zwei der vorherrschenden Trends auf den Begriff bringen, die jedoch in ihren Wirkungen uneinheitlich sind.

Alte Fragen - neue Herausforderungen

Die Doppelgesichtigkeit von Individualisierung zeigt sich etwa darin, dass die größeren Chancen zur individuellen Selbstverwirklichung und die steigenden Möglichkeiten der Selbstbestimmung mit wachsenden Gefahren der gesellschaftlichen Entfremdung und sozialen Isolation einhergehen.

Die Globalisierung hat mit der Steigerung der Produktivkräfte neue Chancen für wirtschaftliches Wachstum und sozialen Wohlstand weltweit vergrößert. Aber besonders die Internationalisierung der Finanzmärkte und die Anhäufung von Spekulationsgeldern zerstört die soziale Integration ganzer Gesellschaften und gefährdet die politische Stabilität ganzer Regionen.

Mit der Beschleunigung des wirtschaftlichen Wandels, durch die Dynamik der gesellschaftlichen Veränderung und mit der weltweiten Verbreitung des Kapitalismus sind auch die konkret erfahrbare Arbeitswelt und der praktische Lebensalltag jedes einzelnen Menschen einem tief greifenden Wandel unterworfen.

In Deutschland haben der globale wirtschaftliche Wandel, der Umbruch in der Informations- und Kommunikationstechnologie, die Kapitalkonzentration, die Gewinnexplosion bei

großen Unternehmen einerseits und anhaltend hohe Arbeitslosigkeit, Lehrstellenlücke, demographischer Wandel und deutsche Einheit andererseits soziale Spuren hinterlassen und politische Veränderungen bewirkt.

Die Wirtschafts- und Arbeitsgeberverbände konnten ihren Einfluss auf politische Entscheidungsprozesse vergrößern, der Druck auf die Tarifautonomie hat zugenommen, das System der Flächentarifverträge wird mehr und mehr in Frage gestellt, die Arbeits- und Sozialbeziehungen wurden teilweise dereguliert, der Sozialstaat als Instrument des sozialen Ausgleichs und Ausdruck gesamtgesellschaftlicher Verantwortung rückte stärker ins Fadenkreuz der Kritik. Über Jahrzehnte gehörte der Konsens über die soziale Gestaltung des wirtschaftlichen Handelns zum Herzstück des erfolgreichen „Deutschen Modells“. Jetzt ist er in den Ruf geraten, die Modernisierung der Gesellschaft zu blockieren und das eigentliche Hemmnis für den Abbau der Arbeitslosigkeit zu sein.

Dass es Gewerkschaften in einem politischen Umfeld, das auf den Primat der Wirtschaft setzt und auf die Priorität des Kapitals baut, schwer haben, liegt auf der Hand. Auch die Arbeit der betrieblichen Interessenvertretungen ist in einer globalen Weltwirtschaft, die auf Wettbewerbsverbesserung durch Abbau von Umwelt- und Sozialstandards setzt und Konkurrenzbedingungen durch Deregulierung und Flexibilisierung erleichtern will, nicht einfacher geworden.

In der Politik gibt es in dieser Situation ein erkennbares Defizit an Gestaltungswillen und ein überschätztes Vertrauen auf die Selbstheilungskräfte des Marktes. Unbestreitbar ist, dass im Zeitalter der Globalisierung der Nationalstaat mit seinen Handlungsmöglichkeiten an Grenzen stößt. Aber ebenso unbestritten bleibt, dass „Kapitalismus pur“ und „Markt total“ die soziale Krisen der Gegenwart nicht lösen können und politische Konflikte in der Zukunft eher noch verschärfen werden.

Vor diesem Hintergrund ist es heute die zentrale Aufgabe der IG Metall, ihr Profil als gesellschaftliche Reformbewegung und betriebliche Gestaltungskraft zu schärfen, ihre tarifliche Handlungsfähigkeit zu stabilisieren, neue Mitglieder zu gewinnen und den Prozess der inneren Erneuerung erfolgreich voran zu bringen. Wir müssen uns darüber hinaus in die Debatte um die Zukunft mit Konzepten einmischen, die sich sowohl gegen die unterstellte Ohnmacht nationaler Politik wenden als auch die angenommene Allmacht des internationalen Kapitals entzaubern. Wir brauchen eine breite gesellschaftliche Zukunftsdebatte, in deren Zentrum die qualitative Erneuerung der Arbeitsgesellschaft und die Reform des Sozialstaates stehen muss. Konkret geht es darum, notwendige aktuelle Reformschritte in Gesellschaft, Wirtschaft und Staat mit längerfristigen Vorstellungen zu verknüpfen, also die Mühen der Tagespolitik wieder stärker mit der Suche nach Visionen zu verbinden.

Politische Gestaltung des globalen Wandels

Ausgangspunkt aller Überlegungen muss eine Debatte über die Rolle der Politik in einer globalisierten Welt sein. Notwendig ist auch eine gesellschaftliche Verständigung über (neue) politische Inhalte zentraler Begriffe wie soziale Gerechtigkeit, politische Freiheit, rechtsstaatliche Demokratie und unternehmerische Verantwortung.

Am Ende des Jahrhunderts verfügt die Menschheit über genügend finanzielle Mittel, technische Möglichkeiten, wirtschaftliche Kapazitäten und intellektuelle Fähigkeiten, um Hunger und Elend zu bekämpfen, Arbeitsplätze zu schaffen, umweltschonend zu wirtschaften

ten und mehr soziale Gerechtigkeit zwischen den Regionen und in den Gesellschaften zu verwirklichen. Aber die Ressourcen selbst, besonders der Zugang zu ihnen und der Umgang mit ihnen ist zunehmend ungleich verteilt. Sowohl innerhalb einzelner Länder als auch zwischen den Ländern. Obwohl weltweit die Möglichkeiten und Reichweite gezielten politischen Gestaltens zugenommen haben, sind die sozialen Verwerfungen nicht eingedämmt, sondern eher verschärft worden.

Ein Grund für diese Entwicklung liegt wohl darin, dass zu lange und meist blind auf die Selbstheilungskräfte eines entfesselten Kapitalismus vertraut wurde und die politischen Gestaltungsmöglichkeiten einer globalen Weltwirtschaft kaum vorangetrieben werden. Markt, Konkurrenz und Wettbewerb sind notwendig - daran besteht kein grundsätzlicher Zweifel. Aber ebenso eindeutig ist, dass hemmungslose Konkurrenzwirtschaft und „größenwahnsinniger Raubtierkapitalismus“ (Ex-Bundeskanzler Schmidt) soziale Krisen verschärfen, politische Konflikte schüren und ökologische Katastrophen nicht verhindern können. Reformfähige Politik in einer globalisierten Welt zeigt sich deshalb in erster Linie in einem unbedingten politischen Gestaltungswillen, der sich national, regional und global gegen wirtschaftliche Schrankenlosigkeit, ökologische Ausbeutung und soziale Verantwortungslosigkeit stemmt und damit politische Desorientierung verhindert und zur gesellschaftlichen Integration beiträgt.

Verantwortungsbewusste Politik muss auch heute den Menschen in den Mittelpunkt stellen und darf etwa Modernisierungsverlierer, sozial Benachteiligte und die vielen anderen Menschen, die aus unterschiedlichen Gründen und trotz Anstrengungen den gesellschaftlichen Erwartungen nicht nachkommen können, nicht aus den Augen verlieren. Kern jeden politischen Handelns muss deshalb auch heute sein, für Chancengleichheit zu sorgen und die finanziellen Lasten gerecht zu verteilen, also soziale Gerechtigkeit zu verwirklichen. Dissens dürfte es nicht in diesem Ziel geben; gestritten werden muss über die besten Methoden und aussichtsreichsten Wege, es zu erreichen.

Der Markt kann soziale Diskriminierung, gesellschaftliche Spaltung und ökologische Gefährdungen weder verhindern noch ausgleichen. Es bleibt Aufgabe des Staates, Rahmenbedingungen zu setzen und durch eigene Initiativen sowie aktivierende Impulse die Voraussetzungen für wirtschaftliche Effektivität, soziale Gerechtigkeit und politische Demokratie zu erhalten und zu fördern. Es geht nicht um einen bürokratischen Staat, sondern um effizientes staatliches Handeln, das im nationalen Rahmen weiterhin möglich ist und auch global durchsetzungsfähig bleiben muss.

Nicht nur „Global player“, sondern auch mittlere und kleinere Unternehmen haben heute ihre Produktionsstätten in verschiedenen Ländern und produzieren auf mehreren Kontinenten. Herstellungs- und Dienstleistungsstandorte konkurrieren kontinental und global miteinander. Lohn-, Sozial- und Umweltdumping prägen immer deutlicher den Alltag der Betriebsräte und bestimmen unsere gewerkschaftliche Erfahrung. Deshalb brauchen wir nicht nur politische Initiativen zur sozialen Gestaltung der globalen Wettbewerbsbedingungen, sondern auch einen neuen Anlauf zu europäischen und internationalen Zusammenarbeit von Betriebsräten und Gewerkschaften. Die organisierte Arbeiterbewegung hat eine lange Tradition von internationaler Zusammenarbeit und weltweiter Solidarität. Heute geht es darum, diese Tradition zu erneuern, sie zum Gestaltungselement der Gegenwart und zur Methode der Zukunft zu machen.

Mindeststandards für Entlohnungs- und Arbeitsbedingungen durchzusetzen und sie für soziale Sicherungssysteme zu entwerfen, muss die langfristige Perspektive sein. Aktuell kann und muss die Europäische Union Vorreiter sein. Auf der einen Seite im eigenen Einflussbe-

reich mit weiteren Gestaltungsinitiativen, auf der anderen Seite durch gezielte Einflussnahme auf die internationalen Institutionen des Welthandels und durch bewusste Weiterentwicklung der Regelungsinstrumente in der Weltwirtschaft.

Das „Europäische Projekt“, das nach der verheerenden Katastrophe des Zweiten Weltkrieges politische Integration mit rechtsstaatlicher Demokratie verknüpfte und wirtschaftlichen Wohlstand durch sozialen Ausgleich stärkte, muss weiterentwickelt werden. Für ein zukunftsfähiges europäisches Sozialmodell sind die Voraussetzungen durch handlungsfähige Institutionen, die Demokratisierung des Politikprozesses und durch die Stärkung des Sozialen Dialogs zu schaffen. Das Europa der Bürokraten und der Banken muss zu einem Europa der Bürger und der demokratischen Beteiligung werden. Wenn auf der historischen Erfahrung aufgebaut wird, dass in der wirtschaftlichen Kooperation und sozialen Gestaltung mehr Chancen liegen als in der politischen Konfrontation und gesellschaftlichen Spaltung, kann das gelingen.

Sozialökologische Erneuerung der Arbeitsgesellschaft

Im Zentrum aller Überlegungen zur Reform und Erneuerung der Arbeitsgesellschaft muss nach wie vor die Erwerbsarbeit stehen. Das Gerede vom gravierenden Bedeutungsverlust der Erwerbsarbeit beruht auf einer falschen Annahme und hat eine fatale Fehleinschätzung sozialer Realitäten zur Folge.

Arbeit und damit verbundenes Erwerbseinkommen sind heute und bleiben auch noch auf lange Sicht die wichtigsten Schlüssel, um am gesellschaftlichen Wohlstand partizipieren zu können. Auch die Leistungen der sozialen Sicherheit und abgeleitete Sozialeinkommen knüpfen im Wesentlichen an das Erwerbseinkommen an. Über bezahlte Erwerbsarbeit wird ein Großteil des gesellschaftlichen Reichtums verteilt und der individuelle Lebensunterhalt der weitaus meisten Menschen gesichert. Arbeit ermöglicht Selbstverwirklichung und schafft Voraussetzungen für soziale Teilhabe. Die größere Vielfalt von Lebensformen, der Bedeutungsverlust familiärer Zusammenhänge und die Erosion traditioneller Netzwerke relativieren nicht die Rolle der Erwerbsarbeit, sondern bewirken faktisch das Gegenteil. Es spricht aus heutiger Sicht (und auch im Vergleich mit anderen fortgeschrittenen Industriegesellschaften) wenig dafür, dass die Erwerbsquote bei uns langfristig sinken wird. Viel mehr spricht sogar dafür, dass wir von einer gesellschaftlich notwendigen und von den Individuen auch gewollten Steigerung ausgehen können.

In der öffentlichen Debatte über die Zukunft der Arbeitsgesellschaft werden meines Erachtens die Perspektiven falsch gewichtet und die Akzente an der falschen Stelle gesetzt. Einige unterstellen, über kurz oder lang schaffe der Kapitalismus die Arbeit ab und das „Ende der Arbeitsgesellschaft“ sei nur noch eine Frage der Zeit. Andere bieten mit vermeintlich modernen Modellen von belohnter „Bürgerarbeit“ oder neuen Formen des Ehrenamtes „Ersatz“lösungen an. Nicht wenige glauben, mit der Forcierung zur Informations- und Wissensgesellschaft und dem expansiven Ausbau des Dienstleistungssektors die richtigen Antworten zu haben. Übersehen wird bei diesen Überlegungen, dass es auch heute nach wie vor um die quantitative Verteilung und um die qualitative Gestaltung der Erwerbsarbeit geht.

Im Mittelpunkt muss stehen, Voraussetzungen für mehr Beschäftigung zu schaffen, den Zugang zu Erwerbsarbeit zwischen den Generationen gerecht und ihre Aufteilung zwischen

den Geschlechtern fair zu gestalten. Wir müssen die Normalität eines neuen Arbeitsverhältnisses entwickeln, die nicht die momentane gesellschaftliche Spaltung durch Arbeitslosigkeit und Arbeitsüberlastung festzurrt, sondern über unterschiedliche Kategorien von Arbeit für alle (bezahlte Erwerbsarbeit, Reproduktionsarbeit und soziales Engagement) eine moderne Form der Vollbeschäftigung beschreibt.

Sicher: Es gibt nicht den einen Königsweg zur sozial gerechten und ökologisch gewünschten Erneuerung der Arbeitsgesellschaft. Aber es gibt eine Reihe von politischen Handlungsmöglichkeiten und tariflichen Gestaltungsansätzen, die ineinander greifen müssen und sich gegenseitig stützen können.

Mit einer Verstärkung der öffentlichen Investitionen in gesellschaftliche Bedarfsfelder wie Verkehr, Energie und Umwelt, mit dem Ausbau privater Investitionen in industriennahe sowie personenbezogene Dienstleistungen und durch die gezielte Förderung privater Innovation in Zukunftsbranchen lässt sich das gesamtwirtschaftliche Arbeitsvolumen nachhaltig erhöhen.

Für die Gewerkschaften bleiben die gerechtere Verteilung des Arbeitsvolumens durch alle Formen und verschiedene Modelle der Arbeitszeitverkürzung auf der Tagesordnung. Besonders dieses Handlungsfeld und dieser Gestaltungsbereich erfordert die zielorientierte Verschränkung von vernünftigen gesetzlichen Rahmenbedingungen und tariflichen Initiativen mit den Bedürfnissen der Menschen und den Wirklichkeiten der Arbeitswelt.

Unsere Vorschläge und Überlegungen reichen von der Verringerung der effektiven Arbeitszeit etwa durch Überstundenabbau und Freizeitausgleich über die Verkürzung der tariflichen (Wochen-, Lebens-) Arbeitszeit bis hin zur Neuverteilung der Erwerbsarbeit zwischen den Generationen. Aber auch Konzepte zur Neugewichtung von Familienarbeit zwischen den Geschlechtern, Modelle zur Verknüpfung der Erwerbsarbeit mit Qualifizierungs- und Familienzeiten in den unterschiedlichen Berufs- und Lebensphasen sowie die Forderung nach einem deutlichen Ausbau der Teilzeitarbeit spielen eine Rolle. Einen Mangel an gewerkschaftlicher Innovationsbereitschaft können wahrlich nur Ignoranten dieser seit Jahren geführten Diskussion ins Feld führen. Bei den Unternehmen und Personalchefs vermischen wir dagegen Phantasie und Innovation mit Blick auf die betriebliche Umsetzung. Auch bei der Regierung und den Parteien lässt der Mut zur politischen Gestaltung und der Wille, durch gesetzliche Initiativen den Spielraum der Tarifparteien zu erweitern, zu wünschen übrig.

Arbeitszeitverkürzung ist aus Sicht der IG Metall kein Selbstzweck, sondern ein Ausdruck für mehr Verteilungsgerechtigkeit und Ergebnis praktizierter Solidarität zwischen Beschäftigten und Arbeitssuchenden und zwischen den Generationen. Kürze Arbeitszeiten zu fordern und umzusetzen, ist für uns kein defensiver Schritt zur Aufteilung eines kollektiven Mangels, sondern ein offensiver Weg zur Verteilung von gesellschaftlichem Reichtum.

Die Erneuerung der Arbeitsgesellschaft hat aber nicht nur quantitative Aspekte der gerechten Verteilung eines gesteigerten Arbeitsvolumens. Eine zukunftsfähige Reform erfordert auch begleitend qualitative Schritte beim Staat und Initiativen der Tarifparteien, von denen einige nur kurz angerissen werden sollen.

Mit den neuen Formen von Erwerbstätigkeit sind auch neue Risiken verbunden. Es können neue Abhängigkeiten entstehen, die durch gesetzliche Flankierungen minimiert und durch tarifliche Regelungen aufgefangen werden sollten. Aber wir müssen ebenso zur Kenntnis nehmen, dass neue Arbeitsverhältnisse und neuartige Typen von Erwerbsverläufen für die

Individuen neue Entfaltungsmöglichkeiten und für die Gesellschaft insgesamt auch Chancen bieten. Arbeitsmarkt und Gesellschaft brauchen Innovation und Dynamik. Sinnvolle Entwicklungen und gewünschte Fortschritte dürfen deshalb von den Gewerkschaften nicht blockiert, sondern müssen von ihnen im Interesse der Menschen und nach deren Bedürfnissen gestaltet werden.

Ökologisch zu produzieren und nachhaltig zu wirtschaften ist schon längst das Gebot der Stunde. Wenn wir das bisherige expansive Wachstum mit seinem hohen Energie- und Rohstoffverbrauch ungebremst fortsetzen und global ausweiten, zerstören wir Lebenschancen und Arbeitsmöglichkeiten künftiger Generationen. Deshalb muss der Verbrauch an Rohstoffen und Umwelt endlich im Preis von Waren und Dienstleistungen zur Geltung kommen. Eine ökologische Umgestaltung ist aber auch deshalb ökonomisch sinnvoll und sozial wünschenswert, weil sie die Wettbewerbsbedingungen unserer Industrie verbessert, neue Absatzmärkte durch neue Produkte und veränderte Verfahren erschließt, damit Arbeitsplätze sichert und zusätzliche Beschäftigungsfelder schafft.

Erneuerung der Arbeitswelt heißt auch, dass wir mit Blick auf Arbeitsabläufe, Arbeitsorganisation, Mitbestimmung am Arbeitsplatz und Demokratie im Betrieb eine intensive gewerkschaftliche Debatte darüber führen müssen, wie wir die kollektiven Schutzbedürfnisse der Arbeitnehmer garantieren können, ohne seine individuellen Möglichkeiten einzugrenzen.

Eine durchgreifende Erneuerung der Arbeitsgesellschaft wird es schließlich ohne die Bereitschaft der Unternehmen, betriebswirtschaftliches Denken durch gesellschaftliche Verantwortung zu ergänzen, nicht geben. Unternehmerische Verantwortung heißt auch heute im globalen Zeitalter, Arbeitsplatzsicherung mit Umweltschutz zu verknüpfen, neue Bedarfslfelder zu erschließen und innovative Beschäftigungssektoren auszubauen. Erforderlich ist eine moderne Unternehmenskultur, die nicht bloß Wachstum, Produkte und Mehrwert fordert, sondern auch Mitbestimmung, Beteiligung und Selbstverantwortung der Beschäftigten fördert. Eine Wirtschaft, die nur auf Profit schießt, auf den Aktienkurs schaut und dem Shareholder value dient, zerstört langfristig ihre eigene Grundlage. Gewinne müssen in Forschung, Entwicklung, Ausbildung und in Qualifizierung investiert werden. Unternehmen werden dann ihrer gesellschaftlichen Verantwortung gerecht, wenn sie die individuelle Kreativität der Beschäftigten stärken, das innovative Potential der Menschen fördern, sie ökologisches Wirtschaften und wenn sie sich durch angemessene Steuerzahlungen an der Finanzierung einer modernen öffentlichen Infrastruktur beteiligen. Betriebsstrukturen und Arbeitsabläufe sind gemeinsam mit den Gewerkschaften und Betriebsräten so zu gestalten, dass sich die Interessen des Unternehmens mit den Bedürfnissen der Menschen im Einklang befinden.

Zukunftsfähigkeit des Sozialstaates sichern

Die Erneuerung der Arbeitsgesellschaft und die Reform des Sozialstaates, der Abbau der Arbeitslosigkeit und die Stabilisierung der sozialen Sicherungssysteme hängen eng zusammen. Weil Arbeitslosigkeit enorm teuer ist (etwa 170 Milliarden DM Kosten durch Ausgaben und Mindereinnahmen), lässt sich ein Teil der Finanzierungsprobleme des Sozialstaates mit dem Abbau der Arbeitslosigkeit lösen. Aber der Sozialstaat ist nicht nur durch knappe

finanzielle Ressourcen, wachsende Aufgaben und falsche politische Weichenstellung unter Druck geraten.

Die Veränderungen in der Arbeitswelt, die demographische Entwicklung, offensichtliche Steuerungsdefizite und wachsende Legitimationsprobleme werfen eine Reihe von neuen Fragen auf, die nicht nur unter finanziellen Aspekten zu beantworten sind. Die entscheidende Frage bei allen Debatten über die Reformwilligkeit der Gesellschaft und die Zukunftsfähigkeit der sozialen Sicherungssysteme ist nicht, was wir uns heute angesichts der gesellschaftlichen Veränderungen und vor dem Hintergrund der Globalisierung noch leisten können. Reine Kostendebatten und betriebswirtschaftliche Reduzierungen sind absurd, weil es letztlich in der Politik um Wertentscheidungen und in der Gesellschaft um Formen des sozialen Miteinanders geht. Die soziale Qualität einer Gesellschaft und ihr Lebensstandard lassen sich nicht nur am Bruttoinlandsprodukt messen oder am Außenhandelsüberschuss ablesen. Der Wert eines Menschen bemisst sich nicht daran, wie viel er zur Steigerung der Aktienkurse beiträgt. Was fehlt und was wir brauchen, sind verbindliche gesellschaftliche Verständigungen und pragmatische politische Vereinbarungen darüber, was über die sozialen Sicherungssysteme originär und kollektiv zu regeln ist, welcher Vorsorgeanteil individuell übernommen und zugemutet werden kann und schließlich, welches Maß an sozialer Ungleichheit eine Gesellschaft gewillt ist, auch längerfristig zu ertragen.

Es ist aus politischen, sozialen und gesellschaftlichen Gründen notwendig, dass grobe Funktionsfehler der Marktwirtschaft und elementare Lebensrisiken durch den Sozialstaat aufgefangen und ausgeglichen werden müssen. Aber ein moderner Sozialstaat muss auch veränderten Alterstrukturen, gewandelten Lebensformen, neuen Arbeitsverhältnissen und den individuellen Möglichkeiten der Menschen angemessen Rechnung tragen. Der Sozialstaat darf die Fähigkeit zur Solidarität des einzelnen nicht überstrapazieren, wenn er nicht an grundsätzlicher Akzeptanz verlieren möchte. Der Sozialstaat muss gleichzeitig Möglichkeiten zur Eigenverantwortung fördern und seine ausreichende Finanzierung durch gerechte Lastenverteilung sicherstellen.

Während bisher unser Sozialstaat über eine Vielzahl sozialstaatlicher Leistungen und häufig in Form von direkten monetären Transfers soziale Gerechtigkeit zu verwirklichen suchte (Sicherheits- und Schutzprinzip), kamen Überlegungen und Ansätze, wie jeder Einzelne seine Begabungen, Fähigkeiten und Interessen besser entfalten kann (Förderungs- und Aktivierungsprinzip), eher zu kurz. Wenn der Sozialstaat auch künftig finanziell ausreichend ausgestattet sein soll, effektiv, effizient und zielgenau wirken und auf breite gesellschaftliche Zustimmung stossen soll, ist es heute notwendig, den solidarischen Sicherungsaspekt und die Möglichkeiten der sozialen Eigenverantwortung in ein neues Verhältnis zueinander zu bringen.

Am Beispiel der Rente kann exemplarisch ausgeführt werden, wie das bisherige Alterssicherungssystem politisch sinnvoll, sozial akzeptabel, individuell vertretbar und gesellschaftlich wünschenswert durch zusätzliche Säulen gestärkt und ergänzt werden kann. Erforderlich ist ein neuer Grundkonsens darüber, wie das Alterssystem finanziert und organisiert sein soll. Die Gewerkschaften orientieren sich dabei an dem Leitgedanken einer Ergänzung der gesetzlichen Rentenversicherung durch berufs- oder betriebsbezogene Alterssicherungssysteme und persönliche Vorsorge. Wir wenden uns gegen Überlegungen, Leistungen wegen akuter Finanzierungsprobleme zu senken und lehnen Konzepte ab, Rentenansprüche aufgrund von Haushaltsanierungsdruck einzufrieren. Modelle einer steuerfinanzierten Minimalrente oder Flucht in kapitalgedeckte Privat-

versicherung wird es mit uns ebenfalls nicht geben. Wir wollen und brauchen kein gänzlich anderes System, sondern werben für qualitative Strukturreformen in einem System, dessen Grundprinzipien sich bewährt haben und dessen Zukunft gesichert ist, wenn die richtigen Antworten auf die zweifellos steigenden Herausforderung gegeben werden.

Schon heute ist die gesetzliche Rente vielfach nicht mehr die einzige Quelle, die zur Sicherung des Lebensstandards im Alter beiträgt. Betriebsrente, Wohneigentum, Vermögensbildung und andere Zusatzversorgungen kommen häufig hinzu und kumulieren insgesamt zu einem Alterssicherungsniveau, das auch den internationalen Vergleich nicht zu scheuen braucht. Wir wollen diese Qualität sichern und können diesen Standard auch halten. Eine neue Gewichtung des Verhältnisses zwischen kollektivem Schutz im Alter und individueller Beteiligung an der Lebensstandardsicherung untergräbt keinesfalls den Solidargedanken, sondern stärkt die Überlebensfähigkeit eines Systems, das sowohl auf der Finanzierungsseite keine weiteren Belastungen verträgt als auch auf der Leistungsseite keine zusätzlichen Sicherheiten zu vergeben hat.

Modernisierung der Gewerkschaften

Damit die Gewerkschaften ihrem Auftrag in der Arbeitswelt gerecht werden können und wenn wir gestaltender Reformfaktor in der Zivilgesellschaft bleiben wollen, müssen wir uns auch selbst verändern und entwickeln. Es liegt nicht zuletzt an uns selbst, den Skeptikern, die die Gewerkschaften als historische Größe ohne politische Zukunft bezeichnen, den argumentativen Wind aus den publizistischen Segeln zu nehmen und die Kritiker, die die Gewerkschaften als Bewahrer des Bestehenden und als Blockierer des Wandels geißeln, eines Besseren zu belehren.

Notwendig sind dazu *erstens* praktische Schritte, den begonnenen Veränderungsprozess in der IG Metall auch mit überzeugenden Konzepten der innergewerkschaftlichen Beteiligung, mit innovativen Wegen der Mitgliedererwerbungs- und mit erfolgreichen Methoden der Mitgliederbetreuung zu verknüpfen.

Zentrale Herausforderung für die IG Metall bleibt es, neue Mitglieder zu gewinnen und die Organisationspotentiale bei jungen Menschen, Frauen, Angestellten, in produktionsnahen Dienstleistungsbereichen und im Handwerk besser auszuschöpfen. Tarifpolitische Erfolge sind heute keine Garantie mehr für Mitgliederzuwachs. Mit unserem Organisationsentwicklungsprozess haben wir die Basis für neue Kooperationsformen, projektbezogenes Arbeiten, ein neues Zusammenspiel der Organisationseinheiten geschaffen. Die IG Metall will für ihre Mitglieder, für die Vertrauensleute in den Betrieben und für ihre haupt- und ehrenamtlich Tätigen eine attraktive Arbeitsplattform sein, auf der effektiv und effizient gearbeitet wird. Die IG Metall muss aber moderner in ihren Arbeitsformen und flexibler in ihren Ausdrucksformen werden, weil wir nur über unterschiedliche Angebote auch an die neuen Arbeiterschichten herankommen, deren persönliche Erfahrungswelt und betrieblicher Alltag von differenzierten Sichtweisen geprägt werden.

Die IG Metall will, dass der DGB als kompetentes Sprachrohr der Mitgliedsgewerkschaften in der nationalen und europäischen Beschäftigungspolitik auftritt, Gewerkschaftsarbeit effizient koordiniert, die Kampagnenfähigkeit der Gewerkschaftsbewegung stärkt und attraktive Dienstleistungen für Mitgliedsgewerkschaften erbringt. Dafür sind wir auch bereit,

ihm mehr Kompetenzen einzuräumen, ihm zusätzliche Ressourcen zur Verfügung zu stellen und unsere Aufgaben in einigen Handlungsfeldern einzuschränken.

Unabdingbar ist aber auch *zweitens*, dass wir tarifpolitischen Erneuerungswillen mit gesellschaftspolitischer Handlungsfähigkeit verbinden.

Schon in der „alten“ IG Metall waren eine Vielzahl von Branchen vertreten und eine Vielfalt von Arbeitnehmergruppen organisiert. Mit der Integration von GTB und GHK wird das Bild noch bunter und der Regelungsbedarf nicht kleiner. Insgesamt hat der Druck auf das System der Flächentarifverträge von außen zugenommen, und der Erneuerungsbedarf ist auch von innen gewachsen. Wir müssen neue Fragen aufgreifen und unsere Angebote durch spezifische Lösungen ergänzen. Deshalb müssen die strukturelle Reform und die inhaltliche Akzentuierung der Flächentarife konsequent in Angriff genommen werden. Wir wollen einen stabilen tariflichen Rahmen schaffen für unterschiedliche tarifliche Wahl- und Gestaltungsmöglichkeiten der einzelnen Branchen, Betriebe, Arbeitnehmergruppen und Beschäftigte.

Unser Vorstoß zu einem Bündnis für Arbeit, unsere gesellschaftspolitischen Vorstellungen für eine „andere Politik“ und unsere Initiativen für Beschäftigungsaufbau und mehr Ausbildungsplätze unterstreichen unsere Politikfähigkeit und unsere Kooperationsbereitschaft. Die Gewerkschaften wollen einen Erfolg des Bündnisses für Arbeit, weil andere, bessere Wege zur raschen Verminderung und Überwindung der Massenarbeitslosigkeit nicht sichtbar sind. Das Bündnis greift weder in die Kompetenz des Gesetzgebers ein noch beschränkt es den Handlungsspielraum der Tarifparteien. Das Bündnis blockiert nicht politische Gestaltung, sondern ermöglicht gesellschaftliche Verabredungen. In ihm geht es um Aufbau von Vertrauen, um die gemeinsame Suche nach Lösungen und um gesellschaftliche Verständigung, nicht um spezifische Gruppeninteressen, sondern um gesellschaftliches Gemeinwohl. Das Bündnis wird funktionieren und Erfolge zeitigen, wenn es ein faires Geben und Nehmen organisiert. Das Bündnis wird scheitern, wenn versucht wird, es als Forum für einseitige Interessendurchsetzung zu missbrauchen oder wenn es als politisches Instrument zur gesellschaftlichen Blockade dienen soll.

Drittens müssen wir der europäischen Gewerkschaftsbewegung neue Impulse geben und neue Initiativen für eine Stärkung der weltweiten Gewerkschaftsbewegung ergreifen.

Auf dem alten Kontinent sind wir mit dem Aufbau von Europäischen Betriebsräten, mit der Beteiligung am Sozialen Dialog, mit politischen Gesprächsrunden, Branchendialogen und Regionalkonferenzen sowie mit den ersten Ansätzen zur besseren Koordinierung grenzüberschreitender Tarifpolitik schon auf einem guten Weg. Wenn die europäische Kooperation der Gewerkschaften, die Zusammenarbeit auf Betriebsebene und die grenzüberschreitende Tarifkoordination praktischer Alltag werden, steigen in einem größer gewordenen europäischen Binnenmarkt die Chancen, ökonomische Vorteile zu gewinnen, ohne dafür mit sozialen Nachteilen einen unvertretbaren Preis zahlen zu müssen. Dann können wir auch die Möglichkeiten besser ausschöpfen, die Stimme eines politisch gestärkten und sozial vereinten Europas in der internationalen Politik zur Geltung zu bringen, damit nicht der höchstmögliche Profit, sondern die höchstmögliche Wohlfahrt, sozialer Ausgleich und wirtschaftliche Nachhaltigkeit an handlungsleitender Bedeutung gewinnen.

Im Übergang zum neuen Jahrhundert wachsen die Herausforderung für die internationale Gewerkschaftsarbeit. Aber es eröffnen sich auch neue Möglichkeiten der weltweiten

Zusammenarbeit. Der forcierte Aufbau von Weltbetriebsräten und der Ausbau ihrer Kompetenzen ist beispielhaft zu nennen. Die globale Verwirklichung der Menschenrechte und die uneingeschränkte Anwendung von Gewerkschaftsrechten weltweit sowie die Verstärkung der Debatte um globale ökologische und soziale Mindeststandards stehen auf der Tagesordnung. Dabei müssen wir auch die weltumspannenden Kommunikationsmittel für globale Gewerkschaftskampagnen (Internet, E-Mail) nutzen und neue strategische Allianzen durch die Kooperation mit politischen Akteuren und sozialen Bewegungen auf der internationalen Bühne (Nichtregierungsorganisationen; Friedensnetzwerke, Umweltverbände, Menschenrechtsgruppen) eingehen.